

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**
Drs. 14/212

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Mehrlich, Dr. Jung u.a. SPD**
Drs. 14/1228

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999)
(Drs. 14/212)

hier: Finanzsituation der bayerischen Kommunen

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Straßer, Lochner-Fischer, Hartmann u.a. SPD**
Drs. 14/1256

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999)
(Drs. 14/212)

hier: § 2 Abs. 5 Mittel für Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Straßer, Leichtle, Lochner-Fischer u.a. SPD**
Drs. 14/1258

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999)
(Drs. 14/212)

hier: Förderung kommunaler Breitensportanlagen
(Epl. 13 Änderung Art. 10 FAG)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr, Hartenstein und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**
Drs. 14/1262

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1999)
(Drs. 14/212)

hier: § 2 Abs. 5 - Keine Fördermittel für den Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen

I. Beschlußempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Meyer**
Mitberichterstatter: **Straßer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuß für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuß hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 35. Sitzung am 29. Juni 1999 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/1228 und 14/1258 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 14/1256 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
zur Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 14/1262 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: 1 Ablehnung, 4 Enthaltungen
B90 GRÜ: Zustimmung
zur Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuß für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 17. Sitzung am 30. Juni 1999 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/1228, 14/1256 und 14/1258 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/1262 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: 3 Ablehnungen, 4 Enthaltungen
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 12. Sitzung am 1. Juli 1999 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/1228 und 14/1258 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 14/1256 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
zur Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 14/1262 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Zustimmung
zur Ablehnung empfohlen.

Ach
Vorsitzender